

Soll ein verpflichtendes Politikpraktikum für Schülerinnen und Schüler eingeführt werden?

1. Begrifflichkeiten

Was bedeutet »Politikpraktikum«?

Ein »Praktikum« ist eine befristete, häufig unbezahlte Tätigkeit, die der praktischen Anwendung theoretischer Kenntnisse und dem Gewinn von Einblicken in die Berufswelt dient. Praktika können in Unternehmen, bei Behörden oder anderen Organisationen durchlaufen werden. Sie können für den Erwerb eines Bildungs- oder Berufsabschlusses verpflichtend sein oder auch freiwillig absolviert werden. Die *Rahmenbedingungen* eines Praktikums können sich dabei stark unterscheiden. Ob für ein Praktikum etwa eine *Vergütung* geleistet werden muss, hängt von der *Dauer* und dem *Anlass* ab. Praktika, die weniger als drei Monate Zeit in Anspruch nehmen, müssen in der Regel nicht vergütet werden. Etwas anderes kann etwa bei längeren Pflichtpraktikumszeiten gelten. Die *Dauer* eines Praktikums variiert je nach Zielsetzung und Rahmen: Während schulische Praktika meist ein bis drei Wochen umfassen, dauern studienbegleitende oder berufsqualifizierende Praktika häufig mehrere Monate. Praktikantinnen und Praktikanten übernehmen dabei zumeist einfachere Tätigkeiten, wobei weniger das konkrete Arbeitsergebnis als die individuelle Entwicklung im Vordergrund steht.

Der Begriff »Politik« erfasst alle Entscheidungen und Handlungen, mit denen das gesellschaftliche Verhalten und Zusammenleben gestaltet und gesteuert oder mit denen im Rahmen der öffentlichen Willensbildung Einfluss auf derartige Regelungen genommen wird. Aufgabe des politischen Systems ist es, die Verteilung von begehrten Werten und Gütern für die Gesamtgesellschaft (altgriechisch: *polis* = Stadt, Gemeinschaft) zu bestimmen. Entscheidend sind dabei *politische Akteure*, also staatliche oder nicht-staatliche Institutionen und Organisationen, die in ihrer Tätigkeit öffentliche Zwecke verfolgen – etwa Friedenssicherung, Gerechtigkeit, persönliche Freiheit oder Wirtschaftswachstum.

Bei einem »Politikpraktikum« handelt es sich demnach um eine zeitlich begrenzte Tätigkeit in entsprechenden Einrichtungen, die praktische Einblicke in die Arbeitsweise politischer Organisationen gewährt. In Betracht kämen dafür etwa die Parlamente der Länder, der Bundestag, Bundesrat oder das Europäische Parlament; Abgeordnetenbüros, Ministerien und Kommunalverwaltungen; Parteien, Interessenverbände oder Nichtregierungsorganisationen.

Was sind »Schülerinnen und Schüler«?

»Schülerinnen und Schüler« beschreibt die Gruppe junger Menschen, die an einer staatlichen oder privaten Bildungseinrichtung mit dem Ziel des Erwerbs eines Bildungsabschlusses unterrichtet werden. Im Schuljahr 2024/2025 besuchten rund 8,9 Millionen Schülerinnen und Schüler in Deutschland eine allgemein- und rund 2,3 Millionen eine berufsbildende Schule.

Was bedeutet »verpflichtend«?

»Verpflichtend« bedeutet, dass ein bestimmtes Handeln zwingend vorgeschrieben und nicht der freien Entscheidung der davon betroffenen Personen überlassen ist.

Was bedeutet »einführen«?

»Einführen« bedeutet, eine Entscheidung für eine neue Regelung oder die Änderung einer bereits vorhandenen Regelung zu treffen und diese zur Anwendung zu bringen.

2. Gegenwärtige Regelung

Gegenwärtig besteht keine bindende Vorgabe für Schulen, wonach Schülerinnen und Schüler ein Praktikum im politischen Bereich absolvieren müssten. Politische Bildung erfolgt in den Schulen im Rahmen des Politikunterrichts, ist aber auch als Querschnittsaufgabe definiert.

Nach den Regelungen des Grundgesetzes sind die Länder für das Schulwesen und die Festlegungen zuständig, was und wie in der Schule gelehrt wird. Dennoch gibt es bundeseinheitliche Vorgaben, die von der *Kultusministerkonferenz* (KMK) durch die für den Schulbereich zuständigen Ministerinnen und Minister aus allen 16 Bundesländern beschlossen werden. Mit ihrer *Empfehlung zur Beruflichen Orientierung an Schulen* aus Dezember 2017 hat die KMK festgelegt, dass die **berufliche Orientierung von Schülerinnen und Schülern** als wichtige Aufgabe an allen Schulen verankert und weiterentwickelt werden soll. Junge Menschen sollen beim Übergang in Ausbildung und Studium und bei der Entscheidungsfindung in der Berufswahl unterstützt werden, »*Interessen erkennen, Kompetenzen und Potenziale feststellen und als Grundlage im Entwicklungsprozess nutzen*«. Als konkrete Maßnahme empfiehlt die KMK dabei die Durchführung von Betriebspraktika im schulischen Rahmen.

In den meisten Ländern finden sich **Regelungen zur Durchführung von Schülerpraktika** nicht im Schulgesetz, sondern in entsprechenden *Erlassen der Kultusministerien*. Zumeist wird den Schulen dabei ein weiter Gestaltungsspielraum eingeräumt. So ist in *Bremen* mindestens ein mehrwöchiges Betriebspraktikum ab Jahrgangsstufe 8 durchzuführen. Die Schulen wählen selbst zwischen Block- (zwei bis drei Wochen) und Langform (ein fester Wochentag über längere Zeit) und legen die Anforderung an Praktikumsinhalt und -bericht individuell fest. In *Nordrhein-Westfalen* muss in Klasse 9 oder 10 ein zwei- bis dreiwöchiges Blockpraktikum absolviert werden, dessen Ergebnisse schriftlich zu dokumentieren sind. Neben dem in den meisten Ländern vorgesehenen Betriebspraktikum, das primär der Berufsorientierung dient, wird in *Schleswig-Holstein* in der gymnasialen Oberstufe auch ein Wirtschaftspraktikum durchgeführt. Dabei steht weniger die *persönliche Berufswahl*, sondern vorrangig die Einsicht in »*betriebs- und volkswirtschaftliche Zusammenhänge*« im Vordergrund.

In den Schulen ist für politische Bildung insbesondere der **Politikunterricht** vorgesehen. Ab welcher Jahrgangsstufe und in welchem Umfang politikbezogene Lerninhalte vermittelt werden, ist von Land zu Land unterschiedlich. Während »*Politik und Gesellschaft*« an Gymnasien in *Bayern* und »*Gemeinschaftskunde*« in *Baden-Württemberg* frühestens ab Klasse 8 auf dem Stundenplan stehen, können Schülerinnen und Schüler in *NRW* bereits ab der fünften Klasse »*Wirtschaft-Politik*« lernen. In *Hamburg* wird »*Politik-Gesellschaft-Wirtschaft (PGW)*« ab Klasse 8 unterrichtet, in *Schleswig-Holstein* »*Wirtschaft/Politik (WIPO)*« ab Jahrgangsstufe 7. Auch außerhalb eines eigenen Schulfachs wird politische Bildung als **Querschnittsaufgabe** begriffen. Das Erlernen und Erfahren von Demokratie soll nach den Empfehlungen der KMK fächerübergreifend erfolgen. Als Ziel definiert die *Ständige Wissenschaftliche Kommission*, Schülerinnen und Schüler zu »[...] *gesellschaftlicher und politischer Partizipation auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung* zu befähigen sowie zur *Übernahme von Verantwortung und Engagement in Staat und Gesellschaft* [zu ermutigen]«.

Als *zentrale Grundlage demokratischen Lernens* gilt der **Beutelsbacher Konsens** mit seinen drei Prinzipien: Das *Überwältigungsverbot* untersagt eine politische Indoktrination der Lernenden. Das *Kontroversitätsgebot* schreibt vor, dass kontroverse Themen aus Wissenschaft und Politik auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden müssen. Im Sinne der *Subjektorientierung* sollen Schülerinnen und Schüler befähigt werden, politische Situationen und ihre eigene Interessenlage zu analysieren.

3. Aktualität der Streitfrage

Aktuelle Zahlen zum Verhältnis junger Menschen zur Politik liefert eine Analyse der *Deutschen Kinder- und Jugendstiftung* (DKJS) aus dem Jahr 2025, die mehrere Studien zusammenfasst. Danach ist das **Interesse von Jugendlichen an Politik** innerhalb der letzten Jahre deutlich angestiegen. 55 % gaben an, politisch interessiert zu sein. 51 % der Jugendlichen informieren sich aktiv über politische Entwicklungen, 2019 waren es nur 36 %. Dabei spielt die *Krisenwahrnehmung* eine wichtige Rolle. Die Sorgen vor Krieg in Europa (81 %), wirtschaftlichem Abstieg (67 %) oder den Folgen des Klimawandels (63 %) beschäftigen viele der befragten jungen Menschen. Wie sie mit Politik in Kontakt kommen, haben insbesondere die **sozialen Medien** verändert. Laut *Bertelsmann Stiftung* nehmen Jugendliche politische Informationen hauptsächlich über Netzwerke wie *TikTok* und *Instagram* auf (74 %) – es folgen *Schule* (60 %), *Familie* (58 %) und *TV* (46 %). Die Funktionsweise der Plattformen prägt dabei die Form der politischen Kommunikation. Wenn reißerisch gestaltete Videos durch die Algorithmen bevorzugt angezeigt werden, kann dies laut der Studie aus dem Jahr 2025 zur *Verschlechterung der Debattenkultur* und auch des *Vertrauens in die Politik* führen.

Ein **Verlust des Vertrauens in politische Institutionen** ist gesamtgesellschaftlich spürbar. Laut *Deutschlandmonitor 2025* bringen der *Bundesregierung* nur noch 27 % der Menschen in Deutschland (eher oder großes) Vertrauen entgegen. Beim *Bundestag* sind es 31 %. *Bürgermeisterinnen und Bürgermeister* kommen auf 54 %, das *Bundesverfassungsgericht* auf 65 %. Nur 31 % der Befragten stimmen der These (voll oder eher) zu, dass Politikerinnen und Politiker sich im Allgemeinen um eine *Vertretung der Interessen der Bevölkerung* bemühen. Mit dem *Funktionieren der Demokratie* sind 7 % sehr und 53 % eher zufrieden. Unter jungen Menschen besteht laut *DKJS-Zahlen* zwar ein hohes *Vertrauen in die Demokratie* (75 %), allerdings bemängeln 65 % der jungen Menschen *Funktionsdefizite und fehlende Beteiligungsmöglichkeiten*. Lediglich 20 % glauben, dass die Politik die *Sorgen der jungen Generation* ernst nimmt. 70 % kritisieren eine *mangelnde Offenheit der Parteien* für die Ideen junger Menschen. 59 % bejahen einen starken *Einfluss der Politik auf ihr Leben*. Nur 45 % gehen davon aus, selbst Einfluss auf die Politik nehmen zu können. Ein eigenes *politisches Engagement* können sich 37 % vorstellen.

Die Forderung nach einem verpflichtenden *Politikpraktikum* ist bisher noch nicht erhoben worden. Mit welcher Schwerpunktsetzung **Schülerpraktika zur Berufsorientierung** ausgestaltet sein sollten, wird jedoch immer wieder diskutiert, insbesondere mit Blick auf das *Handwerk*. So forderte etwa die *Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt* die Einführung eines verpflichtenden *Handwerkspraktikums*. Schülerinnen und Schülern könne so Verständnis für den Berufsalltag vermittelt werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. In *Sachsen-Anhalt* erhalten junge Menschen, die während der Schulferien ein Praktikum im *Handwerk* oder in »Grünen Berufen« absolvieren, seit 2020 eine Praktikumsprämie in Höhe von 120 Euro pro Woche. In *Mecklenburg-Vorpommern* gibt es seit dem Jahr 2024 ein ähnliches Modell. In *Bayern* wird seit dem Schuljahr 2022/2023 an allgemeinbildenden Schulen ein »Tag des Handwerks« veranstaltet, um Berufe kennenzulernen und auszuprobieren.

Dass Schülerinnen und Schüler ein **Berufspraktikum in der Politik** absolvieren, ist nach den gegenwärtigen Regelungen in den Ländern nicht ausgeschlossen. Dies kann Schulen vor *Herausforderungen* stellen. Im Januar 2026 gab das *Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg* einem Schulleiter Recht, der einer Schülerin aus pädagogischen Gründen untersagt hatte, ihr Betriebspraktikum bei einem *AfD-Bundestagsabgeordneten* zu absolvieren. Die Schule hatte das Praktikum als ungeeignet angesehen, da der Politiker dem Vorstand einer vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei angehört.

4. Relevanz der Streitfrage

Die Relevanz der Streitfrage resultiert aus der Bedeutung eines praktischen Verständnisses für die Funktionsweise politischer Prozesse in einer Demokratie. Mit dem Praktikum wird dabei ein Instrument in den Blick genommen, das eigentlich der Berufsorientierung dient.

Aus Artikel 20 des Grundgesetzes ergeben sich die prägenden Merkmale unserer staatlichen Ordnung, die *Staatsstrukturprinzipien*. Dazu gehört insbesondere das **Demokratieprinzip**. So heißt es in Absatz 1: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.« Absatz 2 lautet: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.« Aus dem Demokratieprinzip folgt, dass staatliches Handeln auf das Volk als Souverän zurückgehen muss. Unsere Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Bedürfnisse und Auffassungen in einer *Wahlentscheidung* ausdrücken und das *Gemeinwesen aktiv mitgestalten*. Erforderlich ist dafür ein gewisses **politisches Grundverständnis**. Wenn Menschen argwöhnisch auf politische Prozesse blicken, staatlichen Institutionen misstrauen und sich durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter nicht mehr repräsentiert fühlen, gerät eine Demokratie in Bedrängnis.

Unter jungen Menschen herrscht eine verbreitete *Unzufriedenheit mit politischen Prozessen*. Durch ein Politikpraktikum könnten sie **praktische Einblicke in politische Abläufe** erhalten, die ihnen in ihrem Alltag nicht selten verborgen bleiben. Selbst Einfluss auf die Politik nehmen zu können, ist nur für wenige junge Menschen vorstellbar. Institutionen und Verfahren von innen kennenzulernen, könnte daran etwas ändern. Schließlich sind junge Menschen stark von politischen Entscheidungen betroffen, ob von der *Wehrpflicht*, der *Schuldenbremse* oder der *Klimapolitik*. In vielen Ländern und bei der Europawahl gilt *Wahlalter 16*. Entwickeln junge Menschen frühzeitig ein Verständnis für politische Entscheidungsprozesse, könnte dies langfristig positive Auswirkungen für die Stabilität unserer Demokratie haben.

Zusätzliche Relevanz erfährt die Streitfrage, soweit sie mit dem Instrument des Praktikums eine Maßnahme zur **beruflichen Orientierung von Schülerinnen und Schülern** betrifft. Schülerpraktika schaffen in der Regel erste Berührungspunkte mit Unternehmen. Diese haben großes Interesse daran, jungen Menschen Einblicke zu gewähren und sie womöglich für eine *berufliche Ausbildung* oder ein *duales Studium* zu begeistern. Seit dem Jahr 1985 ist die **Zahl der Auszubildenden** um fast ein Drittel gesunken. Im Jahr 2024 gab es etwa 1,2 Millionen Azubis und rund 2,9 Millionen Studierende. Die Zahl *unbesetzter Ausbildungsstellen* lag nach einem Bericht des *Bundesinstituts für Berufsbildung* im Jahr 2025 bei 54.400, zugleich waren rund 84.400 junge Menschen weiterhin auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Der *demographische Wandel* und das *sinkende Interesse an dualen Ausbildungswegen* heizen den **Fachkräftemangel** an. Gegenwärtig fehlen nach Angaben des *Instituts der deutschen Wirtschaft* mehr als 500.000 Fachkräfte, was Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland zunehmend gefährdet.

Schulische Berufspraktika sind ein geeignetes Instrument zur Gewinnung praktischer Einblicke. Sollen diese in Unternehmen oder in der Politik gewonnen werden? Wie problematisch ist das Verhältnis junger Menschen zur Politik? Kann ein verpflichtender Einblick in die politische Praxis besser für unser politisches System begeistern als der Politikunterricht in der Schule? Womöglich sogar für ein eigenes Engagement? Was ist in der Schulzeit wichtiger: Berufliche Orientierung oder politische Bildung? Diese Fragen kann die Debatte klären.

5. Argumente Pro & Contra (Beispiele)

Pro	Contra
<p>Junge Menschen haben in der Regel wenig Verständnis für politische Prozesse. Zumeist erhalten sie in ihrem privaten Umfeld kaum Einblicke in die praktische Funktionsweise politischer Abläufe. Politikunterricht vermittelt bloße Theorie und ist offensichtlich nicht geeignet, Schülerinnen und Schüler vermehrt für ein eigenes politisches Engagement zu begeistern. So verwundert nicht, dass junge Menschen nur noch wenig Vertrauen in demokratische Institutionen haben. Um hier gegenzusteuern, braucht es eigene Begegnungen und Einblicke in die Politik.</p>	<p>Jugendliche zeigten zuletzt wieder mehr Interesse an politischen Themen. Einige engagieren sich auch gesellschaftlich. Dass aber nicht alle jungen Menschen ein vertieftes Interesse an Politik haben und anderes spannender finden, ist kein Problem. Wie unsere Demokratie funktioniert, wird im Politikunterricht vermittelt. Wer tiefer eintauchen will, hat viele Möglichkeiten. Auch der Vertrauensverlust in die Politik ist angesichts vieler Krisen erklärbar. Darauf müssen Politikerinnen und Politiker andere Antworten finden als ein Praktikum.</p>
<p>Wenn alle Schülerinnen und Schüler praktische Einblicke in politische Abläufe erhalten, entwickeln sie ein besseres Verständnis dafür, wie in unserer Demokratie Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden. So können sie besser nachvollziehen, welchen Einfluss Politik auf ihr Leben hat, wie sie daran mitwirken und Dinge verändern können. Das steigert das Vertrauen junger Menschen ins politische System mit seinen Institutionen und leistet einen langfristigen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie.</p>	<p>Ein kurzzeitiges Zwangspraktikum ist nicht geeignet, um allen Jugendlichen ein besseres Verständnis für unser politisches System zu vermitteln. Wer an Politik kein Interesse hat, wird sich langweilen, wie bei einem Schulbesuch auf der Parlamentstribüne. Rathäuser und Ministerien könnten sogar abschrecken. Zudem könnte ein Politikpraktikum bei Abgeordneten, Parteien oder NGOs Schülerinnen und Schüler einseitig beeinflussen, gerade wenn sie sonst wenig mit Politik zu tun haben.</p>
<p>Seit vielen Jahren bemühen sich Parlamente, Stiftungen, die Bundes- und 16 Landeszentralen für politische Bildung um eine Stärkung des Informationsangebotes für junge Menschen. Erreicht werden damit aber zumeist nur diejenigen, die sich ohnehin für Politik interessieren. Zudem fehlt es den angebotenen Maßnahmen an Alltagsbezug. Mit einem Schülerpraktikum wäre dagegen sichergestellt, dass alle einen praktischen Einblick in die Politik erhalten.</p>	<p>Dass Menschen ihr Vertrauen in unsere Demokratie verlieren, hängt unter anderem mit der Angst vor wirtschaftlichem Abstieg zusammen. Bereits in der Schule sollte also jeder Moment genutzt werden, um Jugendliche bei der Berufsorientierung zu unterstützen und sie bestmöglich auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Statt einem Politikpraktikum sollte daher besser ein Industrie-, Handwerks-, IT- oder Sozialpraktikum eingeführt werden.</p>
<p>Für die Stabilität unserer Demokratie ist ein praktisches Verständnis für die Funktionsweise politischer Prozesse unabdingbar. Wenn junge Menschen in der Schule Einblicke in den politischen Betrieb erhalten, ist das ein gutes Mittel gegen Politikverdrossenheit. Die damit verbundene Stärkung unseres Gemeinwesens rechtfertigt, den Bereich für eines der Praktika während der Schulzeit vorzugeben. Zudem gibt es auch in Politik und Verwaltung spannende Jobs.</p>	<p>Ein verpflichtendes Politikpraktikum wäre ein Eingriff in die Freiheit von Schülerinnen und Schüler, selbst über den Bereich zu entscheiden, in den sie erste berufspraktische Einblicke erhalten. Angesichts des Fachkräftemangels in vielen Branchen und der dennoch angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt wäre es wichtiger, jungen Menschen echte Berufsorientierung zu ermöglichen, statt alle zu einem Praktikum in der Politik zu verpflichten.</p>

6. Weiterführende Hinweise

Zusätzliche Recherchezeit: 5-10 Minuten

- Nach der Schule: Erstmal Job statt Ausbildung, zdfheute, 16.07.2025.
<https://www.zdfheute.de/wissen/jugendliche-arbeit-statt-bildung-studie-100.html>
- Demokratie und rechtsstaatliche Bildung: Wie Schülern Werte vermittelt werden, DLF Campus & Karriere, 09.07.2025.
<https://www.deutschlandfunk.de/demokratie-und-rechtsstaatliche-bildung-wie-schuelern-werte-vermittelt-werden-100.html>
- Wie nutzen Jugendliche soziale Medien zur politischen Bildung?, Deutsches Schulportal der Robert-Bosch-Stiftung, 21.02.2025.
<https://deutsches-schulportal.de/schule-im-umfeld/wie-nutzen-jugendliche-soziale-medien-zur-politischen-bildung/>

Zusätzliche Recherchezeit: 30-45 Minuten

- Der Druck, sich beim Beruf perfekt zu entscheiden, zdfheute, 18.01.2026.
<https://www.zdfheute.de/wirtschaft/job-finden-arbeit-arbeitsplatz-beruf-100.html>
- Podcast: „Du bist Politik“ im Gespräch mit Prof. Dr. Andreas Petrik, Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, 24.05.2025.
<https://lpb.sachsen-anhalt.de/online-angebote/du-bist-politik-der-podcast>
- Junge Menschen und Rechtspopulismus, Bundeszentrale für politische Bildung, 20.03.2025.
<https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/560581/junge-menschen-und-rechtspopulismus/>
- Zusammenfassende Analyse: Junge Menschen sind politisch interessiert, aber frustriert, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, 26.02.2025.
<https://www.dkjs.de/publikation/junge-menschen-sind-politisch-interessiert-aber-frustriert/>